

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Montag und Mittwoch. Der monatliche Preis beträgt 2,00 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis 6,00 Reichsmark, der halbjährliche 12,00 Reichsmark, der jährliche 24,00 Reichsmark. Die Abnahmebestellungen sind an den Verleger zu richten. Der Verleger ist Herr Dr. G. H. Schmidt, Halle. Die Druckerei ist die „Volks-Zeitung“ Druckerei, Halle. Die Druckerei ist die „Volks-Zeitung“ Druckerei, Halle.

Neues in Kürze.

Der Internationale Verband zur Verteidigung des Protestantismus trat zu seiner zweiten Gesamtsitzung in Dresden zusammen in Verbindung mit der 30. Jahresversammlung und der 40. jährigen Gründungsfest der Evangelischen Bundes zur Stärkung der deutsch-protestantischen Interessen. Der Verband umfasst 22 gleichgerichtete Organisationen in zwölf Ländern. Die Tagung wird unter dem Leitmotiv: „Nationale und internationale Aufgaben des Protestantismus“ stehen.

Die Deutsche Kunstgenossenschaft hat gestern in Berlin im früheren königlichen Schloß ihre dritte Ausstellung feierlich eröffnet. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Staatssekretär Schulz, begrüßte die zahlreichen Gäste, unter denen man Reichsminister Dr. Marx, Reichswehrminister Dr. Seeber und Reichspräsident Ebert sah. Der Reichsminister Marx hielt eine Ansprache.

Im Buchhändler-Börseabend wird ein zweitägiges Werk des Reichsministers des Innern Dr. Stresemann angekündigt. Unter dem Titel: „Nach Locarno und Genf“ soll es ein Quellenwerk sein, in welchem der Leiter der deutschen Außenpolitik „sein Aufschluß und Rechenhaft über sein Tun und Lassen“ ablegt.

Anlässlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und des Eintreffens der deutschen Delegation in Genf haben die hervorragenden Führer der Völkerbundsdelegationen dem zurzeit in Genf weilenden Chefredakteur der „Volks-Zeitung“ als Begrüßungsbesuchung für die deutsche Delegation Glückwünsche zur Verfügung gestellt, in denen das Deutsche Reich zu seinem Eintritt in den Völkerbund mit warmen Worten beglückwünscht wird. — Das gerade der Chefredakteur der „Volks-Zeitung“ diese Glückwünsche zur Verfügung gestellt bekam, ist sehr beachtenswert. Vgl. den morgigen Artikel „Von deutschen Journalisten“.

Der Vorstand der deutschen Demokratischen Partei hat an Reichsminister Dr. Marx ein Schreiben gerichtet, in dem der Reichsminister und die Reichsregierung zu dem einstimmigen Beschluß der Völkerbundsversammlung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beglückwünscht wird. (Vgl. auch hierzu den morgigen Artikel „Von deutschen Journalisten“).

Durch Beschluß des Staatsgerichtshofes zum Schluß der Republik wurde die Besondere des „Stahlschmelz“-Vertrages gegen das vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ausgesprochene Verbot der Zeitschrift als unbegründet zurückgewiesen und die Entscheidung gleichseitig für endgültig erklärt.

Ueber den Stand der Vorbereitung des neuen Arbeitsgesetzes erzählt die „Beamten-Korrespondenz“ von unternichteter Seite, daß die Vorlage nunmehr vom Arbeitsministerium in ihrem Wortlaut fertiggestellt ist. Sie wird zunächst den Reichswirtschaftsrat beschäftigen und dann veröffentlicht werden.

Das Pariser Bureau des Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen demontiert die Gerichte, das Pariser Gilbert seine jetzige Stellung niederlegen will. Gilbert befindet sich gegenwärtig in Paris und wird am 16. September seinen Berliner Kollegen wieder antreten.

In deutschen und luxemburgischen Kreisen rechnet man damit, daß die belgischen Werke den internationalen Eisenpakt am 13. November unterzeichnen werden.

Der britische Vorkämpfer in Washington, Sir Come Howard, sagte in einem Interview, von einer Einberufung der Frage der britischen Kriegsgeldern an die Vereinigten Staaten könne keine Rede sein. Dieses Problem ist endgültig geregelt. — Die Erklärung ist bedeutsam, da eine Revision des Damesplans durch gleichzeitige Revision des deutsch-amerikanischen Schuldabkommens wesentlich erleichtert werden würde.

Nach einer Pariser Meldung ist es zehn Kilometer nördlich von Damaskus zwischen französischen Truppen und Truppen zu einem zweiwöchigen heftigen Kampf gekommen. Die kommunistische Pariser „Humanität“ berichtet aus Marjelle, daß am 3. September 1200 Mann Kolonialtruppen nach Syrien abgegangen seien, weitere händen zum Wärsatzort bereit.

Ankunft der deutschen Delegation in Genf.

Unter sehr starkem Andrang des Publikums und der Presse hat gestern Abend kurz nach 5 1/2 Uhr Reichsminister des Innern Dr. Stresemann, Staatssekretär Dr. von Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus mit anderen Mitgliedern der deutschen Delegation in Genf eingetroffen. Die deutschen Delegierten wurden auf dem Bahnhof von deutschen Gesandten in Bern, Dr. Wolf Müller, durch den deutschen Generalkonsul in Genf, Altmann, und den Führer der berrigigen deutschen Delegation für die Vorkommnissekommission, Oberleutnant v. Voeltzow, begrüßt.

Bei dem Empfang ließen sich der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek durch den österreichischen Gesandten in Bern Dr. Pauli, Generalkonsul von Danzig Dr. Gahn durch Regierungsrat Förber vertreten. Von Delegierten der Völkerbundsversammlung hatten sich der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Kratochvíl, und der italienische Gesandte in Berlin, Sibillius, an der Begrüßung der deutschen Delegierten auf dem Bahnhof eingefunden.

Die deutschen Delegierten begaben sich sofort ins Hotel Metropole, wo sie wieder, wie im März, Wohnung genommen haben. Auch vor dem Hotel Metropole hatte sich eine große Menge Schaulustiger und ein Heer von Photographen und Kinematographen eingefunden.

Dr. Stresemann an die ausländische Presse.

Nach einer Meldung des tschechoslowakischen Pressebureaus aus Genf erklärte Reichsminister Dr. Stresemann bei einem Empfang der ausländischen Presse in Genf u. a.:

„Als ich im März hier das letzte Mal war, fanden wir vor dem Zusammenbruch der Hoffnungen die Locarno-Verträge geschlossen waren. Ich habe schon damals Ihnen gesagt, daß es nicht richtig wäre, auf die Ideen von Locarno zu verzichten, und daß wir an dem gemeinsamen Erfolg mitarbeiten wollen. Gestatten Sie mir, meine Freude darüber auszusprenken, daß mir die Tatsachen recht gehen. Locarno und der damit verbundene Universalitätsbegriff der europäischen Politik haben den Sieg davongetragen. Woran werden die Vorkommnisse in Wirtschaft, Irtren und Unzufriedenheit werden. Das Gefühl, daß es nach dem föderlichen Kriege zwischen Siegern und Besiegten zu einer friedliebenden Politik aller Leute guten Willens kommt, ist erbebend. Es kommt nicht auf die Form an, ob der Völkerbundsstatut aus laudibus vielen Mitgliedern besteht, sondern auf die friedliebende praktische Zusammenarbeit. Nicht die Form, sondern das Ergebnis ist das entscheidende. Sicherlich wird die Zusammenarbeit nicht ohne Mißverständnisse und Kämpfe abgehen, aber davon ist ich überzeugt, schließlich wird sie über die befruchtendsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen unserer Zeit liegen.“

Preussische Staatsanleihe in Amerika

Der künftige Preussische Präsident teilt mit: Der Preussische Staat hat an das Bankhaus Paritz, Cordes & Co. in New York als Führer eines Konsortiums, dem eine Anzahl New Yorker Bankhäuser sowie die Firma Hambros & Co. Amsterdam, angehöhen, eine mit 6 1/2 Proz. verzinste, 25 Jahre laufende Anleihe im Gesamtbetrag von 20.000.000 Dollar zu geben. Die Anleihe wird in den nächsten Tagen in den Vereinigten Staaten von Amerika zu 95 Proz. — ein Teilbetrag auch in Holland — zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Erlös der Anleihe wird für die Ausstattung des staatlichen Seebahnschiffen und Elektrizitätswerken Verwendung finden.

Eine Reichsanleihe in Mark?

Wie den Blättern von informierter Seite mitgeteilt wird, ist die Reform des Reichsfinanzministeriums als ein Signal für eine Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden gedacht, ohne die sich die deutsche Finanzpolitik nicht aufrechterhalten läßt. Die Lage der deutschen Finanzen auch in den Ländern und Gemeinden kann nicht optimistisch betrachtet werden und es werde Schwierigkeiten machen, ein Defizit zu vermeiden.

Hinsichtlich der Aufnahme einer Anleihe könne nach dem augenblicklichen Stande der Reichsfinanzen finanzpolitisch und währungsrechtlich

Vertreter und um objektive Kritik. Anfragen werden an Dr. Stresemann nicht gestellt. Abends 8 Uhr 40 Min. ist die zweite Gruppe der deutschen Delegation hier eingetroffen. Zur Begrüßung waren u. a. Reichsfinanzminister Dr. Stresemann und Staatssekretär von Schubert auf dem Bahnhof erschienen.

Die gestrige Sitzung.

Die Donnerstagsitzung des Völkerbunds fand nur wenig Interesse bei den Delegierten wie bei der Vorkommnissekommission. Nach dem großen Miß der Vorkommnissekommission für Deutschland gänzte man sich eine Erörterungspause. Immerhin war die Sitzung nicht uninteressant, betonte doch der Vertreter Kanadas sehr energisch die Bedeutung der beiden Staaten Nordamerikas und gab die Hoffnung auf baldigen Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund.

Zwei weitere Redner, der Vertreter der mittelamerikanischen Republik Salvador und der Norwegische Høegsbo, kamen in vorläufiger Form, aber doch sehr deutlich erneut der Forderung der Opposition Ausdruck, daß man das demokratische Prinzip der Gleichberechtigung aller Mitglieder besser durchzuführen müsse, an Stelle der realistischen Einrichtung beiderseitiger Ratsfrö für die Großmächte.

Heute Aufnahme Deutschlands.

In der heutigen Freitagssitzung, in der Deutschland zum ersten Male erschienen wird, soll die offizielle Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfolgen. Außer dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung, Kinnisford, der die deutsche Delegation begrüßen, und Reichsminister Dr. Stresemann, der darauf antworten wird, wird auch Briand, Chamberlain und Ramek sprechen. Die Ansprachen aus Anlaß der Aufnahme Deutschlands werden durch den Deutschlandlied (Welle 1300 m) verbreitet werden. Die genaue Zeit wird durch die örtlichen Rundfunkstationen und den Deutschlandlied bekanntgegeben werden.

Aus den fremden Pressestimmen zur Aufnahme Deutschlands sei besonders hervorzuheben, daß so bedeutende Zeitungen wie der „Zeit Paris“ und der „Paris-Marin“ den Eintritt Deutschlands als das Ende der Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland bezeichnen. Der „Zeit Paris“ hat sogar den Mut, zu erklären:

„Es ist wenig wahrscheinlich, daß man mehr als einen Jahre verzögert, das Gebiet einer Welle zu bezeichnen, die im Völkerbundsstatut als ständiges Mitglied ihren Sitz hat.“

In den nationalen Blättern d. h. bei der in Frankreich heute herrschenden Richtung, ist allerdings von solcher Verschiebung nichts zu hören, noch ist interessant, daß sie — offenbar aus Ueberzeugung, sondern mehr aus Taktik — den Eintritt Deutschlands als schwere Niederlage der französischen Diplomatie darstellen.

Zeitpunkt abgemart werden. Auch brauche in Zukunft eine Anleihe nicht mehr auf Fremdbörsen oder dergleichen gestellt zu werden, sondern die deutsche Reichsmark müsse bei einer Anleihe auch dem Ausland gegenüber formell als Basis betrachtet werden. Ebenso sei ein Zinsfuß wie etwa bei der Damesanleihe nicht in Betracht zu ziehen.

Unterstützung der als Beamte entlassenen ehemaligen Militärpersonen.

Wie der Reichsarbeitsminister auf ein Schreiben des Landtagsabgeordneten Krawe mittelteil, ist ausnahmsweise zuzulassen, daß auch als Beamte entlassene Kapitalanten und Versorgungsamtwirter unterstützt werden, wenn die Dienstprämie oder die einmalige Uebergangsbchilfs so stark entwertet gerholt worden ist, daß sie ihren Zweck, den Uebergang in einen Zivilberuf zu erleichtern, nicht erfüllen konnte, und die jetzige Notlage des Antragstellers hiermit zusammenhängt. Die Versorgungs- und Fürsorgebehörden sind darauf hinzuwirken, daß es sich nicht um eine allgemeine Aufwertung handle, sondern daß nur die Fälle berücksichtigt werden können, in denen eine besondere Notlage besteht, die insbesondere auf die fast entwertete Zahlung der Dienstprämie am liebsten zurückzuführen ist. Die Entscheidung über die Anträge kann nur auf Grund genauer Unterlagen erfolgen, die sich die Fürsorgestellen durch eingehende Ermittlungen beschaffen müssen.

Deutschnationaler Parteitag.

Graf Westarp über die politische Lage.

Auf dem Deutschnationalen Parteitag in Köln führte Graf Westarp u. a. aus: „Die Partei hat das Ziel, mit dem ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer inneren Kraft und Bedeutung entsprechenden Einfluß den unmittelbaren Anteil an den Regierungsgeschäften in Reich und Ländern zu erringen. Zur auswirkenden Politik stellte Graf Westarp fest, daß dem Reich die vom morgigen Parteitag einmütig gebilligte Verbindung der Vorkommnisse nicht nur vor berechtigt halte, um so mehr, als die Ereignisse der Zwischenzeit ihre Bedenken und Befürchtungen bis zum heutigen Tag bestätigt hätten. Die deutschen Gebiete und das ganze Volk empfanden das Schlagwort des „Reiches von Locarno“ nachgedacht als Jahn. Die Aufgaben, die sich nach Eintritt in den Völkerbund ergeben und an deren Lösung die Partei unverzüglich mitgearbeitet entschlossen sei, seien folgende:

Beseitigung Befreiung der besetzten Gebiete, Sicherung der Diktanden gegen feindlichen Druck, einflussreiche Fortführung des Verlaufs der Wiederherstellung von Europa und Wahrung, Beseitigung fremder Einmischung, Beseitigung der entwürdigenden Militärkontrolle, Erkrämpfen der formellen und materiellen Gleichberechtigung in den Vorkommnistagen, nachdes Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen Mittel- und Ostens, die engeren Anschließ an Reich und Nation erkröpfen.

Die internationalen Missionen sind gestoben, nationale Wählkampfe bekröpfen den Völkerbund. Deutschland muß nunmehr aktiv mitwirken, ohne sich an den Wogen der Weltmächte teilzu lassen.

Zur Innenpolitik muß sich der Parteitag auch mit Wirtschaftspolitik beschäftigen. Der Redner wies nach, daß der Niedergang der Wirtschaft, ohne Wirtschaftswachstum, das Damesplan nicht ausgefallen werden könne. Die wirtschaftspolitischen Verhandlungen des Parteitages werden erneut die starke politische Einstellung der Partei zeigen. Ueber politische und wirtschaftliche Aufgaben wird die Partei die Pflege von Religion und Sittlichkeit, von Kultur und Erziehung nicht vernachlässigen. Schon heute will ich Ihnen Zweifel darüber lassen, daß die Partei entschlossen ist, im kommenden Winter endlich die Entscheidung über das Reichsschulgeld mit dem Schutze der christlichen Schule und Elternschaft herbeizuführen. Bei nochmaligen Verlagen des Reichsgeldes wird, wie bestimmt anzuweisen ist, die christliche Entscheidung zum Selbstschneid über das Schulgeld greifen.

Die Sozialdemokratie radikalisiere sich immer mehr und der Terror der Kommunisten werde immer unerbittlicher. Glaubt die Mitte weiter die Verantwortung dafür tragen zu können, daß sie aus um der Sozialdemokratie willen von der Regierungsgemeinschaft ausgeschlossen ist, wird die Partei ihre politische Arbeit in der Opposition entschlossen und mit guter Zuversicht auf praktische Erfolge fortsetzen.

Der Redner stimmte lebhaft dem Vorschlag der Herren Freyher v. Gasp und Dr. Jares auf Einigung der bürgerlichen Parteien zu und teilte mit, daß er gemeinsam mit dem Vorkommnissen der Landtagsabgeordneten Freyher v. Gasp und Dr. Jares mündlich zu Verhandlungen erkröpf hätte. Die Antwort siehe noch aus. Der Vorkommnisse richter, sich praktisch in erster Linie auf parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der Fraktionen, geht aber in seinem Ziel darüber hinaus und erstrebt den Zusammenbruch der im wirtlichen Sinne staats erhaltenden Parteien. Auch hierbei kommt es nicht auf Namen und Formen an. Praktische Bedürfnisse außerparlamentarischer Parteien und Vorkommnisse haben solchen Zusammenbruch vorbereitet. Für ihn kommen außer den Parteien, die auf nationaler Boden stehen, Wirtschaftswachstum und Verbesserung der Verhältnisse sowie die Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Notlage in Betracht. Der Redner widmete besonders den Wehrverbänden Worte des Dankes und der Anerkennung und schloß wie folgt:

Der große Zusammenbruch, den wir erstreben, soll dem Reich und der Nation gegen internationale und Klassenmäßige Befreiungen dienen. Er soll sich die Wiederherstellung des Rechts- und Ordnungszustandes, die Abhilfe der ärmsten Wirtschaftlichen, die Befreiung der Befreiung von der Fremdberrschaft zum Ziel setzen. Dem widmen wir unsere gesamte Arbeit in Parlament und Volk. Klar das Ziel, sein das Wollen!“

Ausschüßtagungen.

Neben dem allgemeinen Parteitag der Deutschnationalen ging eine Reihe von Sondertagungen einher. In der

Deutschnationalen Wehrtagung sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Koch über unsere Wehrkräfte und unsere sozialpolitischen Zukunftsaufgaben, wobei er ein sozialpolitisches Programm entwickelte. Weiterhin haben Reichstagsabgeordneter Hartmann einen Bericht über die Arbeiten der Deutschnationalen Reichstags-

fraktion und Landtagsabgeordneter Wilmanns über die Arbeiten im Preussischen Landtag. Nach einer kurzen Ausprache wurde eine Entschließung angenommen, worin

gegen die Verträge, die öffentliche Meinung für einen Abzug der Sozialpolitik zu gewinnen, mit aller Entschiedenheit Front gemacht wird. Ferner wird mit Entschiedenheit die Befassung Silberbergs zurückgewiesen, das die Sozialdemokratie die zugehörige Vertretung der deutschen Arbeiterchaft sei und daher das Deutsche Reich ohne sie nicht regiert werden könne.

Bei der Fahnenweihe des Deutschen Arbeitereubundes hielt Graf Westarp a mensens der Parteileitung eine Begrüßungsrede. Wenn Sinterberg die heutige Fahnenweihe mitgemacht hätte, so würde der nationale Geist und der entschlossene und begeisterte Wille, der sich in den deutschen Arbeitereubund und Angehörigenvereinigungen in Köln offenbart, ihn vielleicht belehren, das die deutsche Arbeiterchaft im öffentlichen und politischen Leben eine Macht darstelle, die man nicht übersehen könne. — Ferner fand eine

Deutschnationale Lehrvertrugung

statt. In der Versammlung wies u. a. der zweite Vorsitzende des Deutschnationalen Lehrverbundes Reichstagsabgeordneter Rehrer Schulze und ferner Landtagsabgeordneter Rektor Badenberg auf die Notwendigkeit des Deutschnationalen Lehrverbundes hin, der ein Gegengewicht bilden gegen andere Lehrentwürfe in der Weisung. Im Reichsausschuss der deutschnationalen Beamtenchaft sprach Reichstagsabgeordneter Leopold über „Deutsches Berufsbeamtentum und Wirtschaft“.

Im Ausschuss für das höchste Gebot wies Reichstagsabgeordneter Dr. v. Gruber darauf hin, das die zweite und dritte Befehlsworte immer noch unter dem Druck eines Heeres von 82000 Mann ständen. Die Zahl der befehlsgemäßen Schulen, öffentlichen Gebäude und Privathäuser sei größer als vor einem Jahre. Auch die äußerst mangelhaften Anlagen seien rigoros. In Koblenz finden alle vierzehn Tage Kriegsgewerkschaften statt.

Straßenkämpfe in Athen.

Aus Athen wird gemeldet: Auf Gerüchte, das die republikanische Garde die Ausrufung eines Direktoriums beabsichtige, ließ Ministerpräsident Kondolis die Kaisertruppen, in denen sich zwei Bataillone der republikanischen Garde befanden, von regierungstreuen Truppen umzingeln. Kondolis forderte die Offiziere auf, sich zu ergeben und stellte ihnen ein mehrere Jahre währendes Ruhegehalt in Aussicht. Den Soldaten bot er den Eintritt in die Gendarmarie an. Die beiden Kommandanten Derilis und Zervas erklärten sich nach einigem Zögern mit diesem Angebot einverstanden, laßen jedoch um Zurücknahme der Regierungstruppen, damit die Leichenberge in weniger demütigender Form erledigt werden könnten, genehmigte diese Bitte.

Die republikanische Garde unternahm darauf den Versuch, gegen das Stadlinnere durch-

zubrechen und feuerte auf die Regierungstruppen, die das Feuer erwiderten. Die auf den Höhen rings um Athen aufgestellten regierungstreuen Batterien eröffneten das Feuer auf die republikanische Garde. Zwei Panzerwagen der republikanischen Garde wurden in raschem Tempo durch die Hauptstraßen bis zum Verfallungsplatz und schossen ununterbrochen in die Menschenmenge.

Eine große Zahl von unbeteiligten Zivilisten fiel dem Feuer der Panzerwagen zum Opfer. Die Verleser der Panzerwagen, die Ministerien zu kirmen, mislangen. Der eine wurde von Regierungstruppen genommen, der andere in die Luft gesprengt. Das Gesetz zwischen Regierungstruppen und republikanischer Garde dauerte drei Stunden. Die Nacht ist wieder hergestellt und die Regierung Herr der Lage.

st. Die Strafen seien erstaunlich. Noch heute schmachtet viele Deutsche in französischen Gefängnissen. An dieses Referat schloß sich eine lebhafte Ausprache.

Der Reichstatholikenausschuss der D. N. P. hielt eine aus allen Teilen des Reiches gut besuchte Sitzung ab. In der ausgedehnten Erörterung zeigte sich völlige Uebereinstimmung in der Auffassung, das die Katholiken, die in voller Gleichberechtigung und in voller Wahrung ihrer katholischen Interessen der Deutschnationalen Volkspartei angehören, ihre volle Gleichberechtigung auch innerhalb der katholischen Glaubensgemeinschaft und deren als katholisch bezeichneten Veranstaltungen beanspruchen und erkämpfen werden.

Im Arbeitsausschuss deutschnationaler Industrieller berichtigte Bergwerksdirektor Dr. Rademacher, M. D. R., über „Die kalte Sozialistenschule“, wobei er darlegte, in welsch erstrebenswerter Umfang im Laufe der letzten Jahre die öffentliche Hand es verstanden habe, auf dem Wege kapitalistischer Beteiligung und Beizügung sich einen großen Teil des Einflusses zu sichern, wie

ihn die Sozialdemokratie in den ersten Jahren nach 1918 durch Enteignungsgeetze erreichen wollte.

Reichstagsabgeordneter Dr. Reichert sprach über „Deutschnationale Zoll- und Handelspolitik“. Er führte aus, das die Deutschnationalen den inneren Markt möglichst der heimischen Arbeit erhalten wollten. Die Devisenwirtschaft im Außenhandel müsse beizügelt werden. Die Deutschnationalen lehnten eine freihändlerische Einstellung ab, denn der Freihandel könnte jetzt nicht aufbauen, sondern nur zerstörend wirken. In der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung fehle es an Bestimmungen zur Bekämpfung der durch fremde Ausschahprämien und Subventionen bedingten ungleichen Konkurrenz. Die meisten der bisher abgeschlossenen Handelsverträge befriedigten nicht.

Ferner sprach Reichstagsabgeordneter Leopold über das Thema „Sozialpolitik, Wirtschaft und Staat“. Er beizüchtete dabei als den Leitfaden der deutschen Gegenwart und Zukunft:

Durch Steigerung der Produktionsanleihe zur Befürzung der Arbeitseigenschaft!

Dem deutschen Arbeiter fehle noch vielem an Vorbereitung von der Schicksalsgebundenheit zwischen ihm und dem Unternehmer. — Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, worin die im Köln verammelten etwa 300 Industriellen der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei, ihren Fraktionen, sowie insbesondere den industriellen Abgeordneten ihr Vertrauen aussprechen.

Eine einmündige Entschließung

billigt die von Graf Westarp aufgestellten Forderungen und betont insbesondere den Gehalten der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft. — In der Ausprache wurde auf Wahlreform die Bildung kleiner Wahlkreise empfohlen, gegen die preussische Sozialistengesetzgebung Braun-Severing Form gemacht und ein Treueeidprogramm an Hindenburg beschloßen.

Mehreinnahme aus der Gewerbesteuer.

Antikliche Maßnahme zur Minderung der Zuschlagssätze.

Auf Grund der gegenwärtig durchgeführten Veranlagung der Gewerbeitragssteuer ergeben sich in zahlreichen Fällen erhebliche Nachzahlungen auf die im Rechnungsjahre 1925 geteilten Vorauszahlungen. Den Gemeinden fließen damit bisweilen sehr nennenswerte Beträge zu, mit deren Eingang nicht gerechnet worden ist.

Wie der Antikliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird in einem gemeinsamen Rundbrief des Ministers des Innern und des Finanzministers an die nachgeordneten Behörden die Erwartung ausgesprochen, das diese, wie auch die aus der Veranlagung der Gewerkekapitalsteuer bzw. der Wohnflächensteuer sich etwa noch ergebenden Mehreinnahmen, soweit sie nicht zur Deckung eines im Rechnungsjahr 1925 etwa ungedeckt verbliebenen Bedarf herangezogen werden müssen, zur Minderung der für das Rechnungsjahr 1926 in Aussicht genommenen oder bereits festgesetzten Zuschlagssätze Verwendung finden.

Allerlei offizielle und inoffizielle Bilder vom Sitz des Völkerbundes.

Fremdenindustrie „Abteilung Völkerbund“ / Der interessanteste Mann / Charlestone und Baccarat / Weiß der Mont Blanc.



Genf und seine Brücken.

Die Rousseau-Insel am Einfluß der Rhône in den Genfer See, die Montblanc-Brücke, die zu den beliebtesten Genfer Promenaden gehört, ganz im Hintergrund der weitstehende Montblanc.



Der Böheminer Briand.

Er liebt keine Äkten, sondern nur Ideen. Er fährt nicht Auto, sondern schlenkert gemächlich die Montblanc-Brücke entlang zum Palais des Völkerbundes.

„Willkommen der Fremden!“ so heißt's in jedem Schweizer Führer, in jedem Genfer Prospekt. Das Schlagwort der Schweiz, das ins Wirtschaftliche überlegt lautet:

Die Fremden sind die rentableste Industrie.

Nirgends hat man das Bedürfnis als in Genf. Wer nicht mit und von der Fremdenindustrie lebt, der Genfer Bürger, in der typischen eines Schweizer Horizontes, der bald den Fremden, aber er kennt und liebt ihn nicht. Jahre wohnt man schon der Völkerbund mit allem Drum und Dran, mit seinem ganzen Apparat an Generalsekretären, Sekretären, Beamten und Kommissaren, mit dem unübersehbaren Beamtenstab des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, und ist doch „fremd“ geblieben. Es gibt keine Brücke, wie etwa vom Grand Quai zum Quai des Bergues, von der Genfer Gesellschaft zu dem Stad der Kommissare des Völkerbundes. Genfs Bürgerium lebt ein Leben für sich, in das kein Fremder eindringt, und lei er Generalsekretär der Liga der Nationen.

„Genf, Sitz des Völkerbundes“ so heißt's in den Prospekt für die Fremden, in denen nach noch die Kreise des Völkerbundsekretariats sich angeben ist.

Eine Abteilung der Fremdenindustrie ist der Völkerbund für Genf.

eine recht rentable Abteilung, die sich in Untergruppen, Vortragsabteilungen, Bar und Cafés und Antiquitäten gliedert. Das aber ist auch alles, was den Genfer Bürger am Völkerbund interessiert.

Um so größer das Interesse der Fremden. Selbst die Amerikaner, die politisch von ihm nichts wissen wollen, sind in Scharen herbeigeeilt. In den Angeln der leuchtendsten Autos sind sie den Wilson-Quai entlang, haben den bestkognaten die Wilson-Gebäude an der Umfassungsmauer des Palais der Nationen, werfen mit Dollarzeichen nach den Eintrittskarten zum Vierjahr des Völkerbundes, mit Dollarscheinen, die alle in den Taschen der Hotelportiers verbleiben.

Man hat was für sein Geld in Genf zur Zeit der Völkerbundtagung. Alle Betätigungsmittel

Europas, Americas, Asiens und Afrikas kann man herumwandern und sich davon überzeugen, das sie genau wie andere Etablisse doch morgens ihren Appetit in der Cafes trinken.

Man liebt und liiert.

Dort auf der Rousseau-Insel unterm Rousseau-Denkmal — ein Schweizer war dieser Jean Jacques Rousseau, Schriftsteller und Philosoph, geboren in Genf, Grande rue Nr. 40. (Es steht am Geburtshaus und es ist gut, das die Franzosen es hier kennen können. Sie reklamieren alles gern.) Dort auf der Rousseau-Insel (in der ferne leuchtet weiß in der Sonne der Montblanc) spricht man der eifrig auf Trouquere ein. Dort im Kasino trinkt Herr Sieciemann, Deutschlands Außenminister, heute der interessanteste Mann in Genf, seinen

berühmten Vermut, während vor ihm aus dem Genfer See turmhoch die Fontaine — die höchste der Welt, sagt der Führer — aufspritzt. Dort schlenkert Briand mit Europas berühmtesten Journalisten Jules Gauzein über die Pont du Montblanc und läßt sich die neuesten Konferenzmitteilungen erzählen. Und abends lang im Saal des Hotel Beau Rivage Mich Chamberlain mit Lord Cecil, und der hagerer Gatte laut die Zigarette, das sein Monotel in Gefahr ist zu zerbrechen.

Wer ist eigentlich nicht da?

Americas allgemeintiger Finanzmann Mellon, den der Völkerbund zwar nichts angeht, und der zusammen mit dem Reparationsagenten Foster Gilbert noch rechtzeitig wieder abreist, um nicht in den Verdacht zu geraten, die Beteiligung Americas am Völkerbund vorbereiten zu wollen.

Der Reichstagspräsident Loeb und Ministerpräsident Braun, die nur so zufällig zum Friedenskongress der interparlamentarischen Union gekommen sind, und Breitfeld natürlich, den, wenn nicht größten, so doch längsten Vizepräsident Deutschlands, und Baron Vigi aus Tokio und Schwedens Minister Lindén und der belgische Reichspräsident, der Vizepräsident der kleinen Nationen. Man kann viel sehen für sein Geld, und wenn man nicht im Hotel de la Vierge des Abends mit Charlestone schlüpfen muß, so kann man sogar des Abends auf der Waldschloß über den insofern rauschenden Wech der Rhône zum Überfall im Montblanc leuchtenden Montblanc hinüberträumen.

Aber man träumt nicht.

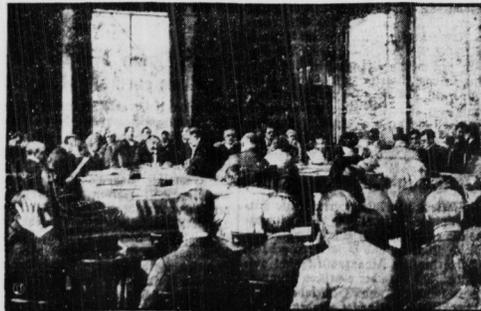
Wer nicht tanzt, findet in den Hotelsbars und ihren Nebentäumen — wir wollen milde vernehmen in welchen Hotels — Gelegenheit genug, beim Barstall einige Tausend Schweizer Franken bis zum grauen Morgen zu verpielen.

Sich des Völkerbundes, wie fast alle diese weltberühmten Politiker ihr Haupt heben und ahnen nicht, wie man lächelnd, in sonder Anmaßlichkeit auf ihre Bedeutung, lächerlich in den Cafes sich eine reisende Anecdote erzählt. Führt da der Schweizer Bundespräsident Herr Haberlin, der höchste Beamte der Schweizer Republik, Politiker von Ruhm und Ruf, ein paar Tage nach St. Moritz. Eine gewaltige Menschenmenge erwartete am Bahnhof in St. Moritz um nicht geringen Entzügen des Präsidenten den Zug. Königlich Empfang war bereit. Staunend sah der Präsident der Schweizer Republik auf diesen unerwartlichen Vorzug, kamme sie sich in der stillen Ruhmes und lächle nach Worten.

Da erfüllte ein einziger Schrei die Luft: „Suzanne Lenglet!“

Die Tenniskönigin entstieg dem Zuge, von Tausenden jubelnd begrüßt. Einmal, anerkennend und nachdenklich, schritt Herr Haberlin, Präsident der freien Republik der Schweiz, in sein Hotel.

Man lächelt boshaft, trinkt seinen Appetit und geht, lo man Journalist ist, leuchtend den Wilson-Quai entlang zum Konferenztal im Palais der Nationen und — drüben leuchtet in einem Weiß der Montblanc.



Zwei leere Stühle.

Offizielle Sitzung des Völkerbundes. Im Vordergrund die beiden leeren Stühle des argentinischen und spanischen Delegierten. Den Kopf in die Hand gestützt, Benbetzels, rechts neben ihm Sitzens Delegierter Scholala, hängen Briand.